

Jahreswirtschaftsbericht

Die deutsche Wirtschaft wächst

42,8 Millionen Erwerbstätige soll es 2015 geben – so viele wie nie. Die Arbeitslosigkeit ist niedrig. Der Export brummt, die Einkommen steigen. Der deutschen Wirtschaft geht es gut. Das bilanziert der Jahreswirtschaftsbericht 2015, der am Donnerstag im Deutschen Bundestag debattiert wurde.



Foto: picture alliance/dpa

Die Menschen in Deutschland seien mit Blick auf die Zukunft zu Recht optimistisch, hob der CSU-Abgeordnete Dr. Andreas Lenz in dieser Woche im Plenum hervor.

Solide Finanzen, Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, Energieeffizienz und Digitalisierung sind die Grundlagen für wirtschaftliches Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze. Zudem schafft der ausgeglichene Haushalt zusätzliche Spielräume. „Deutschland ist weiter der Stabilitätsanker in Europa“, so Andreas Lenz im Deutschen Bundestag. Trotz der internationalen Krisen stieg das Bruttoinlandsprodukt auf 1,5 Prozent. Diese Krisenherde bergen aber erhebliche wirtschaftliche Risiken, ebenso treibt die Frage nach der Stabilität unserer Währung die Menschen um. Umso wichtiger sei es, die europäischen Strukturen zu stärken, so Lenz.

Der CSU-Abgeordnete ergänzte zudem: „Um Wohlstand und Beschäftigung zu sichern, brauchen

wir Investitionen in die Zukunft.“ Dabei sind auch die Unternehmen gefordert. Denn am Ende geht es um die Wettbewerbsfähigkeit. Eines ist dabei jedoch klar: Es darf keinen Zweifel an der grundsätzlichen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik geben. Zusätzliche bürokratische Belastungen müssen vermieden werden, so auch die Dokumentationspflichten beim Mindestlohn.

„Der Mindestlohn darf kein Bürokratiemonster sein. Wenn Unternehmen und Vereine unter der Bürokratielast zusammenbrechen, läuft etwas verkehrt. Wir müssen dringend nachjustieren, die Dokumentationspflichten reduzieren und praxistaugliche Lösungen finden“, fordert auch die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe Gerda Hasselfeldt. Die Kontrolle durch den Zoll solle solange ausgesetzt werden, bis Änderungen bei den Dokumentationspflichten vorgenommen wurden. „Die Unternehmen brauchen bis zur Klärung der offenen Fragen Rechtssicherheit.“

**„Deutschland ist
Stabilitätsanker
in Europa“**



Liebe Parteifreunde,

die „heiteren Spiele“, das war das Markenzeichen der Olympischen Spiele 1972 in München – bis zum entsetzlichen Attentat auf die israelischen Olympiateilnehmer im Olympischen Dorf.

Das Gedenken an die Terroropfer hat Bedeutung und Wirkung, die weit über München, über Deutschland hinausgehen. Ein behutsamer Umgang in der politischen Auseinandersetzung ist daher aus nationaler Sicht wichtig.

Der vom Bayerischen Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst Dr. Ludwig Spaenle für das Mahnmal neu vorgelegte Standort im sog. Lindenhain, westlich der Zentralen Hochschulsportanlage ist ein sachgerechter Kompromiss. Die unterschiedlichsten Interessen, auch der Anwohner, werden zusammengeführt. Auch ein Sichtbezug zum Ort des damaligen Geschehens gegeben.

Wie wir in München umgehen mit der Erinnerung an die Terroropfer wird auch international beachtet.

Um die Errichtung der Gedenkstätte zu unterstützen, werde ich mich beim Bundesinnenminister dafür einsetzen, dass von der Bundespolitik mehrere hunderttausend Euro zur Verfügung gestellt werden.



Johannes Singhammer MdB

Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus

„Keine deutsche Identität ohne Auschwitz“

Vor 70 Jahren wurde das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz befreit. Über eine Million Menschen wurden dort von Nationalsozialisten grausam ermordet. Auschwitz steht noch heute für das entsetzliche Leid, welches die Deutschen über die Welt brachten. Die Erinnerung an den Holocaust bleibe eine Sache aller Bürger, die in Deutschland leben, sagte Bundespräsident Joachim Gauck in einer Gedenkstunde im Bundestag.

In seiner Gedenkrede warnte Bundespräsident Joachim Gauck davor, einen Schlussstrich unter die Aufarbeitung des Holocausts setzen zu wollen. Auch wenn der Holocaust nicht mehr für alle Bürger zu den Kernelementen deutscher Identität zähle, gelte weiterhin: „Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz.“

Die Sorge, dass das Interesse der jungen Generation an den nationalsozialistischen Verbrechen verloren gehe, teile er nicht. Es werde zwar zu einem Wandel in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit kommen, da man künftig auf Zeitzeugen verzichten müsse. Die emotionale Betroffenheit brauche jedoch nicht



Foto: picture alliance/dpa

Gedenkstunde des Bundestages anlässlich der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee am 27. Januar vor 70 Jahren

verloren gehen. „Auch Angehörige der dritten und vierten Generation, auch Menschen ohne deutsche Wurzeln fühlen sich berührt, wenn sie in Auschwitz auf Koffern der Ermordeten die Namen ihrer einstigen Besitzer entdecken.“ Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert

unterstrich in seiner Ansprache, dass die moralische Aufarbeitung nie ende. So könne der Gedenktag auch Anlass zur Hoffnung sein: „Indem wir uns im Bewusstsein unserer historischen Verantwortung den drängenden historischen, humanitären Herausforderungen der Gegenwart stellen.“

Diese Woche

Jahreswirtschaftsbericht Die deutsche Wirtschaft wächst	1
Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus „Keine deutsche Identität ohne Auschwitz“	2
Bundestags-ABC Was ist eine ... Fraktion?	2
Drei Fragen an den finanzpolitischen Sprecher Bartholomäus Kalb Griechenland: „Einen Schuldenschnitt wird es nicht geben“	3
Förderung von Frauen in Führungspositionen Frauenquote mit Augenmaß	3
Schutz vor Islamisten Entzug des Personalausweises	3
Die Bundeswehr – ein attraktiver Arbeitgeber Attraktivitätsoffensive bei den Streitkräften	4
Bundeswehr-Mandate Einsätze in der Türkei und im Irak	4
Modellprojekt in Zürich Beschleunigte Asylverfahren	4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: Henning Schacht

Redaktion: Inge Niebergall
Verantwortliche Redakteurin: Linda Dietze
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Bundestags-ABC

Was ist eine ... Fraktion?

Sie verfolgen die gleichen Ziele. Sie stehen zusammen. Sie sind sozusagen eine Mannschaft. In Parlamenten schließen sich Abgeordnete zu Fraktionen zusammen, um ihre Interessen gemeinsam durchzusetzen. Im Deutschen Bundestag gibt es vier Fraktionen. Eine davon ist die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

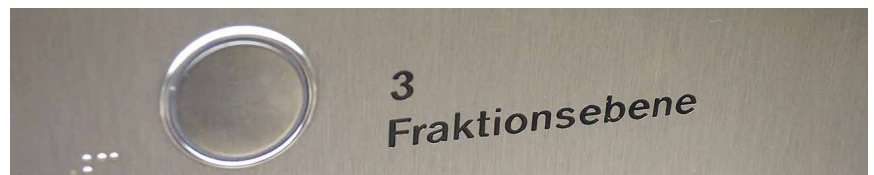


Foto: CSU-Landesgruppe

Die magische Zahl heißt jedoch fünf: Sobald sich mindestens fünf Prozent der Mitglieder des Bundestages zusammenschließen, um ihre politischen Ziele gemeinsam zu verfolgen, bilden diese eine Fraktion. Die Abgeordneten müssen dabei derselben Partei oder solchen Parteien angehören, die aufgrund gleichgerichteter Ziele in keinem Bundesland miteinander in Wettbewerb stehen. Letzteres zeigt das Beispiel von CSU und CDU. Die zwei Parteien bilden eine Fraktionsgemeinschaft, da die CSU in Bayern antritt, die CDU aber nicht. Eine Fraktion ist die zentrale

Organisationseinheit in Parlamenten. Nach der Stärke einer Fraktion bemisst sich ihre Redezeit, die Zusammensetzung des Ältestenrates sowie der Ausschüsse und ihrer Vorsitzenden.

Parlamentarier können auch jederzeit ihre Fraktionsmitgliedschaft kündigen oder ausgeschlossen werden, sie sind dann fraktionslos. Wollen sich weniger als fünf Prozent der Abgeordneten nach den genannten Voraussetzungen zusammenschließen, gelten sie als Gruppe und besitzen keine Fraktionsstärke.

Drei Fragen an den finanzpolitischen Sprecher Bartholomäus Kalb

Griechenland: „Einen Schuldenschnitt wird es nicht geben“

Der neue Ministerpräsident Griechenlands, Alexis Tsipras, hat bereits erste Privatisierungen gestoppt. Ex-Beamte wurden zurück in den Staatsdienst geholt. Im Eiltempo möchte er die Reformen zurückdrehen. Bartholomäus Kalb, finanzpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe, stellt jedoch klar: Einen Erlass der Schulden wird es weder heute noch in Zukunft geben.

Was bedeutet der Regierungswechsel in Griechenland für Europa?

Die Griechen haben sich in einer demokratischen Wahl eine neue Regierung gewählt. Das ist ein ganz normaler Vorgang. Die Eurozone erwartet von der neuen Regierung, dass sie sich an die eingegangenen Verpflichtungen hält und die bisher erfolgreich verlaufenen Reformanstrengungen fortsetzt.

227 Milliarden Euro Hilfgelder sind bisher an Griechenland geflossen. Nun plant Tsipras den Schuldenschnitt. Was heißt dies für andere Schuldenländer?

Einen Schuldenschnitt wird es weder heute noch in Zukunft geben. Er wür-

de auch keine Erleichterung bringen. Denn die Eurozone ist Griechenland bereits sehr weit entgegen gekommen: Die Zinsen auf die Hilfskredite wurden auf ein sehr niedriges Niveau gesenkt, außerdem sind die Zinszahlungen für zehn Jahre gestundet. Auch mit der Tilgung der Kredite muss erst ab 2020 begonnen werden.

Zudem würde ein weiterer Schuldenschnitt die Reformanstrengungen anderer Länder wie Spanien oder Portugal konterkarieren, denn diese würden dann die gleichen Erleichterungen für sich einfordern.

Die EZB hat beschlossen, Staatsanleihen für über eine Billion Euro anzukaufen. Wird das Griechenland und die anderen Krisenstaaten retten?



Foto: Blöching

Bartholomäus Kalb

Die EZB kann mit geldpolitischen Maßnahmen nur Zeit kaufen, aber nicht die Schuldenprobleme von Staaten dauerhaft lösen. Dafür sind entschlossene Strukturreformen nötig, um die Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen und die Staatshaushalte zu konsolidieren. Hierbei dürfen die Staaten der Eurozone keine weitere Zeit mehr verlieren.

Förderung von Frauen in Führungspositionen



Foto: picture alliance/blickwinkel

Frauenquote mit Augenmaß

Über das Gesetz zur Förderung von Frauen in Führungspositionen hat der Bundestag in erster Lesung debattiert. Die CSU-Landesgruppe hatte bereits im Dezember wesentliche Verbesserungen im Gesetzentwurf erreicht.

Die Frauenquote soll kommen – aber mit Außenmaß. Weitere bürokratische Belastungen für Unternehmen sollen vermieden werden. „Wir müssen darauf achten, Rechtssicherheit zu schaffen und zusätzliche Bürokratie auf das wirklich Notwendige zu beschränken“, erklärte CSU-Abgeordnete Gudrun Zollner im Bundestag. Auch die CSU-Landesgruppe möchte mehr Frauen in Führungspositionen. In diesem Sinne könne die Frauenquote als ein Türöffner angesehen

werden. Bei der Förderung von Frauen gehe es aber um mehr als um die Einführung einer Quote, betonte CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt.

Es bleibe zu hoffen, so Hasselfeldt, dass sich mit mehr Frauen in Führungspositionen manches Unternehmen flexiblere Arbeitszeitmodelle einfallen lasse. „Damit Frauen und Männer Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren können.“

Schutz vor Islamisten

Entzug des Personalausweises

Vergangene Woche noch im Kabinett, in dieser Woche schon im Bundestag: In erster Lesung debattierte das Plenum am Freitag über die Änderung des Personalausweisgesetzes.

Künftig soll die Ausreise und Wiedereinreise von Islamisten durch den Entzug des Personalausweises verhindert werden. Stattdessen, so sieht es der Gesetzentwurf vor, bekommen sie einen Ersatzausweis, der nicht mehr zur Ausreise aus Deutschland berechtigt. Damit ist bei Grenzkontrollen eine leichtere Identifizierung möglich.

Mit der geplanten Gesetzesänderung soll verhindert werden, dass radikalisierte Anhänger des Islamischen Staates (IS) über Länder ausreisen, in denen kein Pass, sondern lediglich der Personalausweis benötigt wird. Bisher zogen allein aus Deutschland mehr als 600 Personen in den „Heiligen Krieg“ des IS.

Die Bundeswehr – ein attraktiver Arbeitgeber

Attraktivitätsoffensive bei den Streitkräften

Verbesserte Rahmenbedingungen sollen der Bundeswehr helfen, sich auf dem Arbeitsmarkt besser zu positionieren. Deshalb debattierte der Deutsche Bundestag am Freitag in erster Lesung ein Gesetz zur Stärkung der Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr.



Foto: CSU-Landesgruppe



Foto: picture alliance/ dpa

Der demografische Wandel und die Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt machen es der Bundeswehr zunehmend schwer, qualifiziertes, motiviertes und belastbares Personal zu finden. Die CSU-Landesgruppe möchte daher gemeinsam mit der CDU die Attraktivität der Bundeswehr steigern und Rahmenbedingungen schaffen, die sowohl finanzielle Verbesserungen als auch eine bessere

Vereinbarkeit von Familie und Dienst beinhalten. So sollen vor allem die drei Kernbereiche „Arbeitsbedingungen und dienstliche Gestaltung“, „Vergütung“ und „soziale Absicherung“ gestärkt werden.

Tritt das Gesetz in Kraft, können sich die Angehörigen der Bundeswehr im Grundbetrieb über eine regelmäßige Wochenarbeitszeit von 41 Stunden,

erweiterte Nachversicherung in der Rentenversicherung, eine Erhöhung des Wehrsolds und über die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben freuen. Die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt tauschte sich unter anderem auch über das Gesetz mit dem Bundesvorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbands, Oberstleutnant André Wüstner, aus.

Bundeswehr-Mandate



Foto: picture alliance/dpa

Einsätze in der Türkei und im Irak

Der sogenannte Islamische Staat (IS) führt einen blutigen Krieg. Von den Vereinten Nationen wird dieser Terror als Gefahr für die internationale Sicherheit gesehen. Deutschland hat bereits Waffen im Kampf gegen den IS geliefert. Nun soll zusätzlich eine Ausbildungsmission die Sicherheitskräfte in der Region Kurdistan-Irak sowie die irakischen Streitkräfte unterstützen. Befristet bis zum 31. Januar 2016 sollen bis zu 100 Soldaten der Bundeswehr an der Mission teilnehmen.

Ebenso debattierte der Deutsche Bundestag die Fortsetzung der Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte im Rahmen der NATO-Mission „Active Fence“ an die türkisch-syrische Grenze in der Türkei. Angesichts des Bürgerkriegs in Syrien und der Bedrohung durch die Terrororganisation IS besteht das Risiko, dass der Konflikt auf den NATO-Bündnispartner Türkei übergreift. Beide Mandate wurden in namentlicher Abstimmung vom Bundestag beschlossen.

Modellprojekt in Zürich



Foto: CSU-Landesgruppe

Beschleunigte Asylverfahren

Über ein Modellprojekt für beschleunigte Asylverfahren haben sich CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt und Stephan Mayer, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, vergangene Woche in der Schweiz informiert.

Sie besuchten die Unterkunft der Asylsuchenden und das sogenannte Verfahrenszentrum Zürich, in dem die Asylverfahren im Testbetrieb maximal innerhalb von 140 Tagen abgeschlossen sein sollen. Ziel der Neuausrichtung des Asylbereichs in der Schweiz ist es, bei Asylverfahren schnell zu fairen Entscheidungen zu kommen. „Die ersten Erfahrungen mit dem beschleunigten Verfahren in Zürich sind sehr positiv. Das Modellprojekt zeigt, wie durch eine effektive Verfahrensführung die Dauer bis zur rechtsverbindlichen Asylentscheidung deutlich gestrafft werden kann“, sagte Gerda Hasselfeldt. „Wir wollen auch in Deutschland die Verfahren deutlich beschleunigen. Dabei können wir Erfahrungen aus der Schweiz nutzen.“